

SO-06-139 Berufliche Bildung gerecht gestalten – Gute Ausbildung für alle garantieren

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 20.10.2016

Änderungsantrag zu SO-06 (vormals V-33)

Von Zeile 139 bis 154:

1. ~~**Azubis fair bezahlen:** Auszubildende haben ein Recht auf faire Vergütung. Insbesondere in so genannten klassischen „Frauenberufen“ ist die Ausbildungsvergütung so gering, dass sie in keinem angemessenen Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht. Die Unterschiede zwischen den Branchen, aber auch zwischen alten und neuen Bundesländern sind enorm und verweisen damit auf ein zentrales Problem bei der Lohngerechtigkeit. So liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Bauhauptgewerbe (alte Bundesländer) bei rund 1000 Euro, bei Friseur*innen (neue Bundesländer) bei nur bei knapp 270 Euro. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine Stärkung der Tarifautonomie und eine damit verbundene Ausweitung des Geltungsbereichs tarifvertraglicher Regelungen. Um grundsätzlich allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, fordern wir ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung analog zum Mindestlohn. Solange Auszubildende nicht darauf zählen können von der Ausbildungsvergütung eigenständig leben zu können, wollen wir die Berufsausbildungsbeihilfe für Auszubildende grundsätzlich besser nutzbar machen. Die Höhe der Fördersätze muss dabei in einem realistischen Verhältnis zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten stehen.~~
1. 1. **Azubis fair bezahlen:** Auszubildende haben ein Recht auf faire Vergütung. Insbesondere in so genannten klassischen „Frauenberufen“ ist die Ausbildungsvergütung so gering, dass sie in keinem angemessenen Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht. Die Unterschiede zwischen den Branchen, aber auch zwischen alten und neuen Bundesländern sind enorm und verweisen damit auf ein zentrales Problem bei der Lohngerechtigkeit. So liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Bauhauptgewerbe (alte Bundesländer) bei rund 1000 Euro, bei Friseur*innen (neue Bundesländer) bei nur bei knapp 270 Euro. Wir fordern vor diesem Hintergrund eine Stärkung der Tarifautonomie und eine damit verbundene Ausweitung des Geltungsbereichs tarifvertraglicher Regelungen. Das Schulgeld für schulische